

Thomas Thrun

Integration der Gesellschaft in die Zielformulierung der Regionen

Chancen und Grenzen partizipativer Elemente in der Regionalplanung

Social Participation in Formulating the Aims of the Regions

Opportunities and constraints on participation in regional planning

Kurzfassung

Die Leitthese: Die Regionalplanung muss die Rolle der Gesellschaft im Planungsprozess stärken, wenn ihre Rolle in der Gesellschaft gestärkt werden und Umsetzungsdefizite abgebaut werden sollen. Partizipative Elemente in der Regionalplanung sind, wie Praxisbeispiele zur regionalen Amalgamierung lokaler Partizipationsergebnisse, zu erweiterten Kooperationen mit gesellschaftlichen Gruppen, zum medialen Anstoß regionaler Diskussionen und zu formalisierten Stellungnahmeverfahren zeigen, prinzipiell praktikabel. Wirkungen erweiterter Beteiligungen in Richtung nachhaltiger Entwicklung können nur ex ante abgeschätzt werden. Die Potenziale sprechen für einen prozessorientierten Ausbau regionaler Beteiligungsverfahren.

Abstract

More importance must be attached to social participation if the role of regional planning processes is to be strengthened and implementation deficits redressed. Participation in regional planning can be practicable, as is shown by examples such as the regional amalgamation of the results of local participation processes, the extending of cooperation with social groups, initiating regional discussions via the media, and formal statement proceedings. Due to the lack of evaluation studies, the contribution of extended participation towards sustainable development can only be estimated, but there would seem to be potential for the step-by-step extension of participation at a regional level.

1 Einleitung

Für die Regionalplanung zeigen sich seit langem Umsetzungsdefizite der selbst gesetzten Ordnungs- und Entwicklungsziele. Die 90er Jahre können als ein Jahrzehnt der Suche nach Instrumenten zur Erhöhung der Wirkung der Regionalplanung bezeichnet werden: mit der Etablierung von Regionalmanagement und -marketing sowie von regionalen Kooperationen, Städtenetzen und Regionalen Agenden, mit der Stärkung der Projektorientierung und der Suche nach neuen Rollen als Moderatorin oder Mediatorin. Doch nach wie

vor werden Umsetzungsdefizite beklagt, die sich am „neuen Maßstab“ der Nachhaltigkeit messen müssen. Schlagendes Beispiel für eine mangelnde Zielerreichung in einem Kerngeschäft der Regionalplanung ist der ungebremste Flächenverbrauch für Siedlungszwecke in der Bundesrepublik: rund 120 ha täglich!¹

Die Regionalplanung kämpft um ihre Anerkennung in der Breite der Politikfelder aus der Position eines Expertenfachgebietes. Ihre Lobby wird nur von Planern gestärkt, nicht aber von Dritten, die sich ihre Ziele zu

Eigen machen. Die Regionalplanung ist nicht so weit in der Gesellschaft verankert, dass die Gesellschaft aktiv an der Umsetzung der Ziele der Regionen mitwirkt.

Im Folgenden wird der These nachgegangen, dass die Regionalplanung die Rolle der Gesellschaft im Planungsprozess stärken muss, wenn die Rolle der Planung in der Gesellschaft gestärkt werden soll. In einer pluralistischen Gesellschaft beinhaltet dies, den vielfältigen Interessengruppen Optionen zur Teilhabe an Planungsprozessen zu geben. Der Untersuchungsschwerpunkt liegt auf der Frage nach dem Weg der Einbindung (wie). Die Frage nach den Inhalten (was) ist zur Aktivierung endogener Potenziale von den Beteiligten in den Regionen zu beantworten.

2 Rahmenbedingungen partizipativer Ansätze auf regionaler Ebene

In den 90er Jahren veränderten sich die Anforderungen an die Planung sowie die Planung selber vielfältig. Folgende Entwicklungen ermöglichen neue Beteiligungsmodelle auf regionaler Ebene oder erhöhen ihre Notwendigkeit:

- die Etablierung der Leitvorstellung einer nachhaltigen Entwicklung,
- der Maßstabsprung durch die Globalisierung und die europäische Integration,
- die zunehmende Projektorientierung,
- die Einführung neuer kooperativer Instrumente und Verfahrenswege sowie
- die Beteiligungsinnovationen der Stadtplanung und von Fachplanungen.

2.1 Partizipation als Gegenstand nachhaltiger Entwicklung

Die Regionalplanung folgt seit den 90er Jahren der Leitvorstellung der nachhaltigen Entwicklung. Eine nachhaltige Raumentwicklung bringt die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit den ökologischen Funktionen in Einklang und führt zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung (vgl. § 1 Abs. 2 Raumordnungsgesetz). In der Agenda 21 der Rio-Konferenz wurde 1992 die nachhaltige Entwicklung als weltweites Leitbild formuliert.² Partizipation ist dabei ein Schlüsselbegriff der Agenda 21. Der Begriff des „enabling“ beinhaltet, möglichst große Teile der Öffentlichkeit in die Lage zu versetzen, an den Planungsprozessen teilzuhaben. Kommunikation unter möglichst vielen relevanten Akteuren ist Grundvoraussetzung nachhaltiger Entwicklung vor Ort.³

In der Raumordnung fand die nachhaltige Entwicklung mit der Novellierung des Raumordnungsgesetzes 1997 ihre formelle, flächendeckende Anerkennung als „Leitvorstellung der Raumordnung“. Zu den Merkmalen einer nachhaltigen Entwicklung führt das Gesetz nur Anforderungen an die Raumgestaltung aus, nicht aber, wie oder durch wen ein nachhaltiger Prozess gestaltet wird. Die fehlende rechtliche Benennung prozessualer Elemente ist insoweit unerheblich, als die inhaltlichen Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung de facto neue Kommunikationsstrukturen erzwingen. Da in einer nachhaltigen Entwicklung jede Entscheidung, jede Planung und das Prozessmonitoring im angemessenen räumlichen Kontext zu begreifen ist, kann die Kommunikation zwischen verschiedenen Ebenen nicht durch die Regeln der bisher gültigen Hierarchie gesteuert werden. Nachhaltige Entwicklung führt daher zwangsläufig zu einer Innovation des Kommunikationsprozesses selbst, der sich durch die Eigenschaften und Erfordernisse der Prozesse bestimmt und Entscheidungsebenen verbindet, die ansonsten nicht miteinander kooperieren würden.⁴

Zwar existieren keine spezifischen Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung, aber es gibt – überwiegend informelle – Vorgehensweisen mit ausgeprägten sektorenübergreifenden, kommunikativen und partizipatorischen Elementen, die die Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen erleichtern: insbesondere frühzeitiger, offener Meinungsaustausch, Herstellung einer breiten Informationsbasis und die Einbeziehung der später Betroffenen oder für die Umsetzung Verantwortlichen.⁵ Nachhaltige Entwicklung zeichnet sich infolgedessen durch eine tendenzielle Erweiterung der „Aufstellung“ etablierter Akteure aus.⁶

Partizipation ist ein konstitutives Element der Nachhaltigkeit (vgl. Abb. 1). Mit dem Bekenntnis für eine nachhaltige Entwicklung hat die Raumordnung auch einen Veränderungsprozess der Gestaltung ihrer Planungsverfahren angestoßen.⁷ Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ist nicht allein durch Versorgung mit sozialer Infrastruktur über Zentrale-Orte-Systeme abgedeckt. Sie beinhaltet vor allem die Chance breiterer Kreise, Inhalte mit zu formulieren. Es bleibt die Frage, wieweit der Prozess der Öffnung gehen muss oder kann.

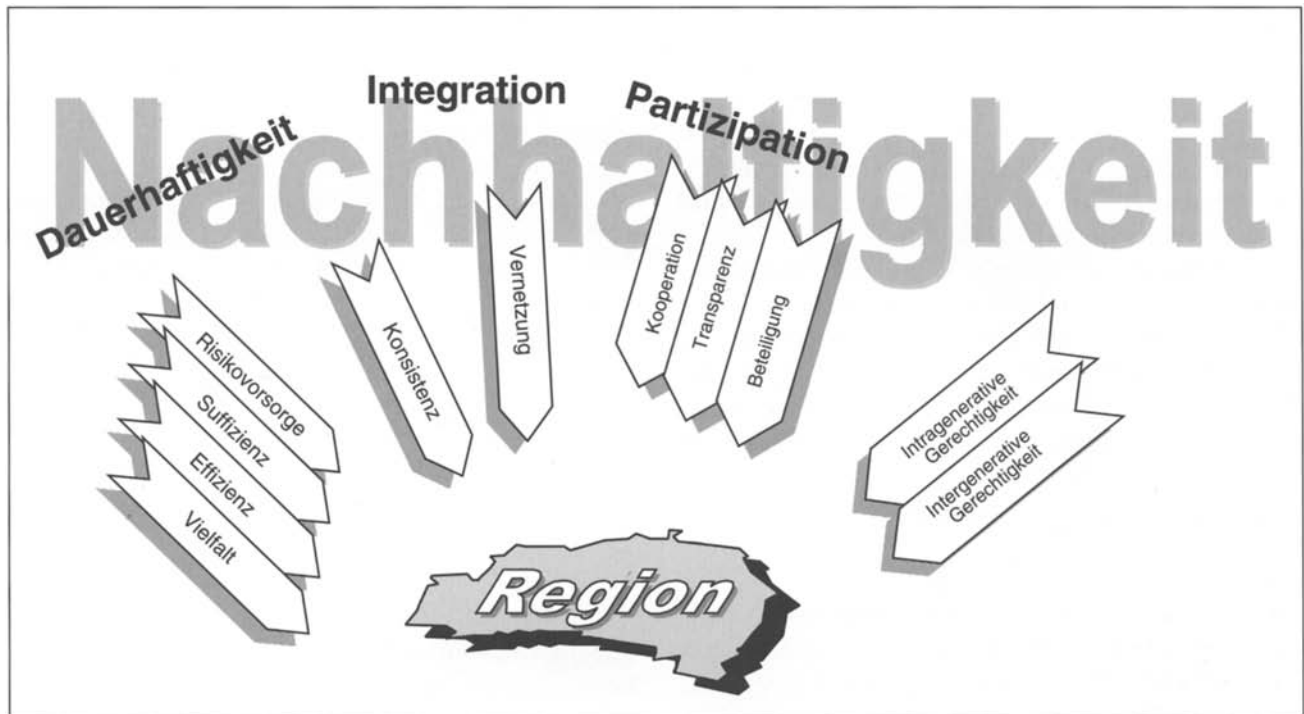
2.2 Globalisierung und europäische Integration

Der regionale Entscheidungsspielraum wurde und wird durch internationale Entwicklungsprozesse zunehmend eingengt:

- Infolge der Globalisierung und der Öffnung gegenüber Osteuropa steigt die Dynamik wirtschaftlicher

Abbildung 1

Konstitutive Elemente und strategische Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung



Quelle: Hübler/Kaether/Selwig/Weiland 2000, S. 29

Veränderungsprozesse. Die Steuerungsfähigkeit der Region als einer von vielen Standortalternativen nimmt im Gegenzug ab.

- Der fortschreitende europäische Integrationsprozess ist mit einer Verdichtung supranationaler Zielvorgaben für die regionale Ebene verbunden. Die Einführung einer neuen Raumplanungsebene mit dem Europäischen Raumordnungsprogramm EUREK illustriert die Zunahme exogener Planungsvorgaben.

Der räumliche Maßstabssprung, den die Wirtschaft und das politische System vollzogen haben, fordert jedoch gleichermaßen die Regionen zum innovativen Handeln heraus. Im Wettbewerb der Regionen gewinnt die Qualität der Administration an Bedeutung. Wichtiger werden dabei ein Zuwachs an Wechselbeziehungen mit den Bürgern, die Förderung von Partizipation sowie Zusammenarbeit und Kommunikation.⁸

2.3 Projektorientierung

Kennzeichnend für den Wandel der Verfahrensstrategien der Regionalplanung in den 90er Jahren ist der Anstoß und die Steuerung regionaler Entwicklung über Projekte. Die zunehmende Projektorientierung ist zum einen die Antwort auf die diagnostizierte Wirkungs-

losigkeit formal-institutioneller Regional- und Landesplanung, wobei der Raumordnung ihr eher restriktiver Charakter gegenüber den Kommunen genommen werden soll. Zum anderen ist die Projektorientierung in der fehlenden Treffsicherheit nationaler und europäischer Wirtschaftsförderung begründet, die nun durch dezentrale Verantwortlichkeiten erhöht werden soll.⁹

Die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park kann als das Referenzmodell staatlicher Modernisierungspolitik in Form einer aktions- und projektorientierten Vorgehensweise bezeichnet werden.¹⁰ Die für die IBA Emscher Park Anfang der 90er Jahre propagierte Strategie des „Perspektivischen Inkrementalismus“ gehört heutzutage zum Standardrepertoire von umsetzungsorientierten Planern jeglicher Planungsebenen.

Von Seiten des Bundes wurde die zunehmende Projektierung vor allem über die Einführung des raumordnerischen Aktionsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung“ im Jahr 1996 und der Ausschreibung des Wettbewerbes der „Regionen der Zukunft“ im Jahr 1997 gefördert.¹¹ Der Siegeszug der Projektorientierung weit über staatlich geförderte Modellprojekte hinaus zeigt sich insbesondere in der Vielzahl regionaler Kooperationen, die sich in Deutschland zur Umsetzung von Projekten gebildet haben.

2.4 Kooperative Instrumente

Im vergangenen Jahrzehnt etablierten sich diverse neue Instrumente der Regionalentwicklung, deren gemeinsames Merkmal die Kooperation ist – sei es zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften oder zwischen öffentlichen Institutionen und anderen Akteuren aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Überwiegend stehen Projekte zur Induzierung einer regionalen Entwicklung im Vordergrund und weniger die Aufstellung gemeinsamer Pläne und Programme. Die enorme Bedeutung regionaler Kooperationen wird daran deutlich, dass ihre Zahl mittlerweile die Zahl der Institutionen der formellen Regionalplanung (ca. 100) um ein Vielfaches übersteigt. Auf Grund einer deutschlandweiten Erhebung kann derzeit von rund 400 regionalen Kooperationen ausgegangen werden.¹² Die wichtigsten kooperativen Instrumente seien wie folgt skizziert:¹³

- *Regionalkonferenzen* sind strukturpolitisch intendierte Regionalisierungsansätze, bei denen die Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Akteuren insbesondere aus der Wirtschaft im Zentrum steht. Sie können dabei großräumige und sogar länderübergreifende Impulse geben, wie z.B. die Regionalkonferenz „Bremen-Bremerhaven-Oldenburg-Wilhelmshaven“, als auch kleinräumig und auf ausgewählte Einzelprojekte ausgerichtet sein (Beispiel: Regionalkonferenz „Mecklenburgische Seenplatte“).
- *Regionalmarketingansätze* verfolgen eine wirtschaftspolitische Orientierung über eine ausgeprägte Einbindung von Betrieben und Interessenverbänden. In der „Aktion Münsterland e.V.“, der mitgliederstärksten Regionalinitiative in Deutschland, sind von den 550 Mitgliedern 380 private Firmen.
- *Städtenetze* kennzeichnen die Zusammenarbeit von Städten mit gleichartigen Problem- oder Zielstellungen. Für Netzwerkstrukturen sind unmittelbare Nähe oder Nachbarschaft keine Bedingung. So überspannt das brandenburgische Städtenetz der Regionalen Entwicklungszentren fünf Regionen.
- *Mediationsähnliche Verfahren* zielen auf die Lösung entwicklungshemmender Konflikte; der Beteiligtenkreis ist folglich projektabhängig. Beim mit Abstand aufwendigsten Verfahren, dem Mediationsverfahren Flughafen Frankfurt/Main, wurden sogar Konfliktpositionen personell in die Steuerung des Verfahrens eingebunden, und zwar in Form eines Trios von Mediatoren.
- *Regionale Agenda-21-Prozesse* streben nicht allein regionale Kooperationsprozesse an, sondern die

Verknüpfung von Dialogprozessen auf lokaler und regionaler Ebene – bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern. Regionale Agenden sind besonders häufig in den „Regionen der Zukunft“ verankert.

Mit den skizzierten Kooperationen haben die Regionalplanung bzw. die regionalen Akteure ihre Kompetenz zum Dialog und zur Gestaltung von Dialogprozessen geschärft. Bisher lag der eindeutige Schwerpunkt auf dem Dialog mit institutionalisierten Akteuren – und dies eher aus regional exponierten Institutionen, wenn man von kleineren bzw. mittelständischen Wirtschaftsunternehmen als Teilnehmer von Marketingstrategien absieht. Lediglich die regionalen Agenden streben den Bruch aus den engeren Expertenkreisen an. Sie binden im Vergleich aller Kooperationsformen die meisten Akteure ein.¹⁴

2.5 Neue Partizipationsformen in der Stadt- und Fachplanung

Für die Weiterentwicklung von Planungsstrategien ist bei den partizipativen Strategien ein – angesichts der Aufgabenstellung als „naturgemäß“ zu bezeichnender – Vorsprung der Stadtplanung gegenüber der Regionalplanung zu konstatieren. Ähnlich wie etwa bei der Projektorientierung, die in der Stadtplanung bereits in den 80er Jahren Fuß gefasst hat, kann auch bei neuen partizipativen Strategien auf dortige Erfahrungen zurückgegriffen werden.

Schlüsselbegriff der Kommunikation der Stadtplanung mit dem Bürger in den 90er Jahren ist die „Kooperation“. Hatten bei früheren Beteiligungsformen die Information der breiten Öffentlichkeit und der Dialog mit den Betroffenen ein besonderes Gewicht, geht der Kooperationsgedanke von der Einbeziehung der Bürger in den Entscheidungsprozess unter Aufgabe von Überordnungsverhältnissen aus. Um Wirkungen entfalten zu können, sind diese Kooperationen auf einen überschaubaren Personenkreis zu beschränken.¹⁵

In der Stadtplanung ist mithin eine Tendenz zur Verkleinerung des Beteiligtenkreises zu verzeichnen. Statt alle über offene Informationsveranstaltungen anzusprechen, wird mit geschlossenen, überschaubaren Gruppen zusammengearbeitet. Hierbei werden jedoch breitere Kreise als bei den derzeitigen regionalen Kooperationen integriert. Mit Beteiligten, die (Planungs-) Laien oder Vertreter eher wenig bedeutsamer Institutionen waren, gelang es, komplexe Pläne (und nicht „nur“ einzelne Projekte) zu entwickeln.¹⁶

- In Heidelberg wurden Ziele für Stadtteilrahmenpläne in jeweils zwei eintägigen Workshops mit lokal aktiven Gruppen (z.B. Vereine), ehrenamtlich Täti-

gen (z. B. Elternbeirat) und den „typischen“ Interessenvertretern entwickelt (rd. 120 Beteiligte). Durch Vorschläge und konstruktive Gegenvorschläge wurden neue Ideen eingebracht, deren Priorität durch Wertungsverfahren ermittelt wurde.

- In Passau konnten auch für das konfliktbeladene Thema „Verkehrsentwicklungsplan“ Konsenslösungen und Alternativen in einer mehrmonatigen, kontinuierlichen Projektgruppenarbeit gefunden werden. Die intensive Zusammenarbeit erforderte jedoch eine Beschränkung auf eine eher kleine Gruppe (rd. 20 Beteiligte), so dass der Akteurskreis sich im Wesentlichen auf Vertreter etablierter Institutionen beschränkte.

Die maßgebliche Wirkung der Verfahren besteht darin, dass die Beteiligten auch die Umsetzung des mitentwickelten Planes begleiten bzw. sogar einfordern.

Auch bei der auf fachliche Schwerpunkte konzentrierten Regionalentwicklung konnten positive Effekte – insbesondere Beschleunigungen – festgestellt werden. Die Analyse von 13 Modellprojekten zur Kulturlandschaftsentwicklung ergab, dass die konzeptionelle Planung von Kommunikations- und Partizipationsstrukturen sowie die Transparenz schaffende intensive Öffentlichkeitsarbeit erfolgsfördernde Faktoren der Umsetzung von Naturschutzaktivitäten sind.¹⁷

3 Wege zur Integration der Gesellschaft in die regionale Zielformulierung

Welche Wege zur Einbindung der Gesellschaft gibt es nun, die über die bereits etablierten Formen der Beteiligung exponierter regionaler Akteure hinausgehen? Als systematisch zu unterscheidende Formen sind zu nennen:

- die regionale Amalgamierung lokaler Prozessergebnisse,
- die breite(re) Kooperation mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen,
- der Anstoß einer regionalen Diskussion sowie
- „traditionelle“ Beteiligungen mit formalen Eingaben und Stellungnahmen.

Im Folgenden werden für die Wege bereits realisierte Beispiele¹⁸ betrachtet sowie Fortentwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt.

3.1 Regionale Amalgamierung lokaler Partizipationsergebnisse

Auf der lokalen Ebene können vergleichsweise problemlos Bürger in die Entwicklung planerischer Ziele eingebunden werden. In regionalen Agenda-Prozessen

wird z. T. versucht, dieses Potenzial für die Region in einer Art „Bottom-up-Partizipation“ zu nutzen. Auf der lokalen Ebene sollen in partizipativen, konsensorientierten Verfahren Agenden für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet werden, in die die verantwortlichen kommunalen Akteure eingebunden sind und die die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung mittragen. Die lokalen Dialogergebnisse sollen über interkommunale Kooperation verknüpft werden.¹⁹

Übersicht zur Praxis

In der Praxis tritt die regionale Ebene als Promotor von lokalen Dialogprozessen über die Anregung lokaler Agenden auf:

- Die *Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau* möchte mit ihrem Projekt „Aktivierung lokaler Agenda-Prozesse“ einen Findungsprozess moderner Formen der Bürgerbeteiligung einleiten. Hierzu wurden 1998 zwei Kontaktstellen zur Betreuung der lokalen Agendaarbeit eingeführt. Im sächsischen Vergleich kann die Region bei der Aufstellung lokaler Agenden einen Vorsprung vorweisen (überdurchschnittlich viele Beschlüsse und erste Landgemeinde mit Agenda 21).²⁰
- Die Region „*Großraum Braunschweig*“ strebt an, die sonst vielfach isoliert arbeitenden lokalen Agenda-21-Aktivitäten in einen regionalen Gesamtzusammenhang zu stellen und Synergieeffekte zu nutzen. Eine Erhebung zum Stand lokaler Agenden aus dem Herbst 1999 belegte, dass in den aktiven Kommunen eine breite Einbindung der Bürgerschaft über etablierte Institutionen hinaus gelang. Nicht aktive Kommunen führten als wichtigstes Hemmnis neben den fehlenden Personal- und Finanzressourcen auch ein mangelndes Interesse der Bevölkerung an. Für die regionale Vernetzung wurden als Handlungsfelder eine regionale Aufgabenteilung bei Flächennutzungen, ein Fiskal-System mit Ausgleichsmöglichkeiten sowie gemeinsame Serviceleistungen für die Region identifiziert und mit Projekten konkretisiert.²¹

Zwischenfazit und Potenzial der regionalen Amalgamierung lokaler Partizipationsergebnisse

Die Zusammenführung der lokalen Dialogergebnisse zum „regionalen Amalgam“ und damit der Beweis der praktischen Umsetzbarkeit der Zusammenführung dezentraler Dialogergebnisse steht noch aus. In der Ex-ante-Betrachtung scheint die Realisierbarkeit jedoch stark eingeschränkt. Zumindest wenn kein gemeinsamer regionaler Nenner – oder restriktiv ausgedrückt: kein Rahmen – für die lokalen Dialoge besteht, muss jede Zusammenführung, die über die bloße Zusammenstellung aller Ideen hinausgeht, zu einer

Abwägung einzelner Ziele und damit gleichzeitig zur Enttäuschung einzelner Beteiligter führen. Eine Kompatibilität aller lokalen Einzelansätze wäre Zufall. Wenn regionale Leitideen bestehen, erscheint die weiterführende dezentrale Konkretisierung hingegen ein gangbarer Weg für eine stärkere Partizipation in der Region. Die Rolle als Promotor lokaler Agenda-Prozesse mit der Option, regionale Interessen durch eine Teilnahme an den dezentralen Diskussionen wahrzunehmen, ist ein Erfolg versprechender Ansatz zur Verbreitung partizipativer Agenda-Prozesse in der Fläche.

3.2 Breite(re) Kooperationen mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen

„Die Bedeutung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Raumplanung und Forschung steht und fällt mit der Etablierung der regionalen Agenda-Prozesse und der gleichberechtigten Teilhabe der unterschiedlichen Interessen- und Akteursgruppen.“²² Nach der Kooperation der Kommunen untereinander und der Kooperation mit exponierten Akteuren führt das Bestreben nach einer nachhaltigen Entwicklung zu Kooperationen mit Vertretern kleiner Institutionen oder nicht organisierten Bürgern, die auch als „dritte Stufe der regionalen Kooperation“ bezeichnet werden könnten.

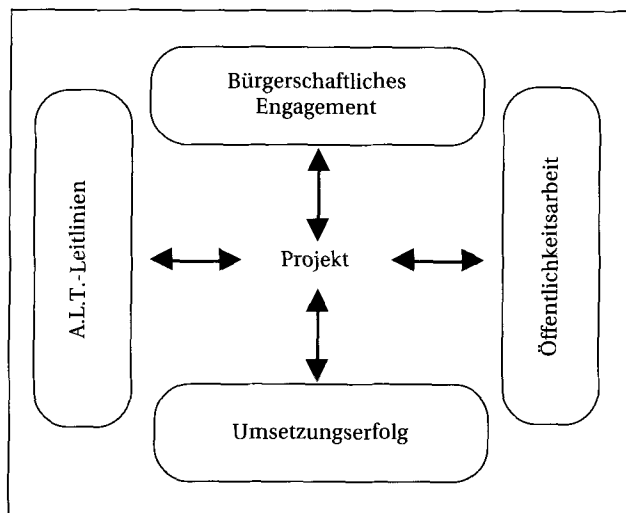
Übersicht zur Praxis

Die Beispiele, bei denen die Kooperation mit Akteuren über den Kreis exponierter regionaler Akteure hinausgeht, sind im Wesentlichen Teilnehmer des Bundeswettbewerbs „Regionen der Zukunft“, der regionale Agenda-Prozesse als ein Wettbewerbsziel formulierte:

- Im *Landkreis Cham* erarbeiteten 1997/98 über 200 Bürgerinnen und Bürger in zwei Zukunftswerkstätten Ideen und Zukunftsbilder für die Region. Diese waren Grundlage für das 1998 vom Kreistag beschlossene Leitbild für den Landkreis Cham. Seitdem arbeiten zwölf Arbeitskreise an der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. In einer für die Bürger offenen Bilanzkonferenz mit über 200 Teilnehmern wurden Zwischenergebnisse präsentiert und diskutiert.²³
- In der kleinen Region „*Aller-Leine-Tal*“ (69 000 Einwohner) konnten auf Grund der Überschaubarkeit Bürger aktiviert werden, Projektideen zu generieren und diese auch zu tragen.²⁴ Von 1995 bis 1997 wurde eine Entwicklungsstrategie erarbeitet, die über 15 Projektgruppen umgesetzt wird. Die Bewohner werden über Bürgerversammlungen auf Samtgemeindeebene, Projektmesen mit Umsetzungsberichten und Werkstattgespräche eingebunden. Kommunal- und fachpolitische Abstimmungen erfolgen im Pla-

nungsbeirat und in Expertenrunden. Als wichtigstes Instrument der Erfolgskontrolle gilt im Aller-Leine-Tal das Engagement der Bürger an der Projektumsetzung (siehe Abb. 2).²⁵

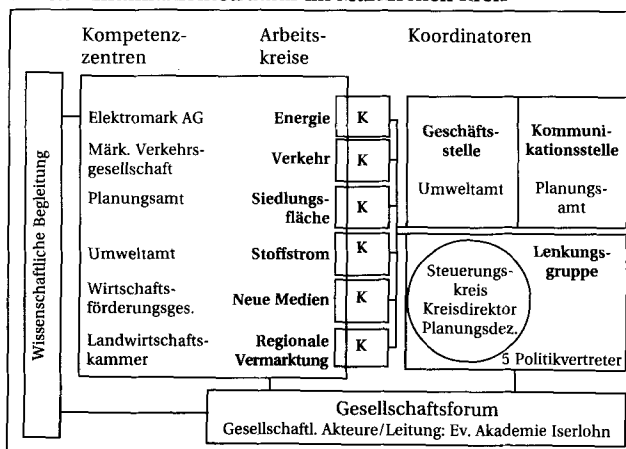
Abbildung 2
Instrumente der Erfolgskontrolle im Aller-Leine-Tal



Quelle: eigene Darstellung nach Zukunftsregion Aller-Leine-Tal, S.13

- Der *Märkische Kreis* nahm in seinem regionalen Agenda-Prozess neben fachbezogenen Arbeitsgruppen ein Gesellschaftsforum auf (siehe Abb. 3), in dem alle zwei Monate die gesellschaftlichen Gruppen die Projektergebnisse diskutierten. Es waren zwar auch kleinere Institutionen vertreten, aber es gelang nicht – wie angestrebt – auch „Nur-Bürger“ einzubinden. Als Hemmnis hierfür wird die kurze Zeit und die zu späte Öffentlichkeitsarbeit angeführt. Mittlerweile wurde das Forum wegen der fehlenden Beteiligung nicht-institutionalisierter Bürger

Abbildung 3
Das Gesellschaftsforum innerhalb der Kommunikationsstruktur im Märkischen Kreis



Quelle: eigene Darstellung nach Linn, S. 52 (vereinfacht)

in einen Arbeitskreis umgewandelt.²⁶ Jedoch konnten durch das Gesellschaftsforum die voneinander unabhängigen Arbeitskreise bzw. die Handlungsfelder abgestimmt werden sowie neue Ideen an die Arbeitskreise herangetragen werden.²⁷

- Die „*Lernende Region Aachen*“ gehört nicht zu den „Regionen der Zukunft“, wird aber vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert und hat das Schwerpunktthema „Schaffung von Arbeitsplätzen“. Das dort eingeführte Beteiligungsinstrument „Forum der Arbeit“ entfaltete eine Breitenwirkung über den Schwerpunktbereich hinaus: Es wurden Initiativen zum Thema Verkehr sowie die Bündelung der Kräfte von Bürgerinitiativen angestoßen.²⁸ Trotz des „regionalen Ursprungs“ war die inhaltliche Breitenwirkung jedoch räumlich vor allem auf die Stadt Aachen fokussiert.

Zwischenfazit und Potenzial der breiteren Kooperation

Eine Kooperation mit breiteren Akteurskreisen erwies sich auf regionaler Ebene als grundsätzlich realisierbar. Jedoch waren bei den angeführten Fällen die Bedingungen günstig: Die Ansätze wurden ausnahmslos staatlich gefördert, sind tendenziell räumlich eher klein und durch überschaubare Strukturen gekennzeichnet – besonders bei einer Gleichsetzung von Landkreis und Region. Trotz der eher günstigen Bedingungen erforderte die breitere Kooperation eine kreative Aktivierung der Beteiligten – eine Nachfrage musste erzeugt werden. Vor allem um nicht-institutionalisierte Bürger einzubinden, sind offensichtlich längere Prozesse notwendig. Bezogen auf die in der Nachhaltigkeitsdebatte geforderte Partizipation sind die erreichten verfahrenstechnischen Ergebnisse als Erfolg und als Schritt in die richtige Richtung anzusehen. Soweit eine verbesserte Umsetzung von Zielen der Planung der Bewertungsmaßstab ist, kann der Beitrag der breiteren Kooperation (noch) nicht beurteilt werden. Hier ist ein Defizit der Evaluation der Wirkungen festzustellen.

Angesichts der insgesamt bisher wenigen Beispiele ergibt sich ein erhebliches Demokratisierungspotenzial durch eine räumliche Verbreitung des „Kooperationsmodells der dritten Stufe“. Die Frage, wie groß der Kreis der Beteiligten zu schneiden ist, ist unter Hinzuziehung des auch für bisher gängige Kooperationen angelegten Maßstabs der „*relevanten Akteure*“ zu beantworten. Die Relevanz zeigte sich bislang vor der Zielstellung „Umsetzung von Projekten“. Heute tritt die für eine nachhaltige Entwicklung notwendige breite Akzeptanz der Bevölkerung hinzu. Dies bedeutet eine Zunahme von „planungspolitischen Laien“: Nicht nur die Schulbehörde, sondern auch Elternvertreter, nicht

nur die Denkmalschutzbehörde, sondern auch der Heimatverein sind relevant. Damit die Umsetzungsorientierung nicht wieder verloren geht, muss umgekehrt die Zahl der Beteiligten auf „diskussionsfähige Kreise“ beschränkt bleiben.

Instrumente, die Raum für breitere Beteiligungen bieten, sind vor allem Workshops, Zukunftswerkstätten, Planungswerkstätten oder Gesellschaftskonferenzen. Die zur Einbindung von Laien geeigneten Instrumente stehen jedoch nicht in Konkurrenz zu den Instrumenten für exponierte Akteure, wie z.B. Regionalkonferenzen. In einem partizipativ orientierten Zielformulierungsprozess ergänzen sie sich: So wären beispielsweise durch eine übergreifende Regionalkonferenz die zentralen regionalen Projekte zu formulieren, die auf einer breiteren Beteiligungsbasis durch Planungs- und Zukunftswerkstätten konkretisiert werden. Die in den 90er Jahren etablierten neuen Diskursformen wären nicht zu substituieren.

3.3 Anstoß einer regionalen Diskussion

Eine öffentliche Diskussion über die Entwicklung der Region in den Medien ist die Option zur Teilhabe aller. Die Gesellschaft kann nur für etwas eine verstärkte Verantwortung übernehmen, was sie kennt. Über Reaktionen auf öffentlich dargestellte regionale Ansätze kann die Regionalplanung auch neue Akteure oder Ideen kennenlernen. Der Anstoß ist insoweit zunächst nicht zielgerichtet. Er unterscheidet sich von „kampagnenartigen Beeinflussungsstrategien“, die in der Fachdiskussion als Unterstützung der Ausstrahlungskraft regionaler Projekte als prozedurale Steuerungsstrategie vorgeschlagen werden.²⁹

Übersicht zur Praxis

Der „normale Weg“ des Anstoßes einer regionalen Diskussion ist der über die traditionellen Medien Zeitung, Funk und Fernsehen. Dass dieser bekannte Weg im Folgenden nicht näher ausgeführt wird, soll dessen große Bedeutung nicht abwerten. Vielmehr ist darauf zu verweisen, dass für diesen Weg in der heutigen Mediengesellschaft ein professionelles Vorgehen notwendig ist. So hakte beispielsweise die Aktivierung der Bürger zur Regionalen Agenda im Märkischen Kreis an Besetzungsproblemen der Pressestelle.³⁰

Als Beispiel für einen „neuen“ Weg des gezielten Anstoßes einer regionalen Diskussion ist auf das „*Forum Region Stuttgart*“ zu verweisen. Das Forum Region Stuttgart ist ein Verein mit Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport usw. Die Initiative will Kommunikationsplattform für die Region Stuttgart sein und die Zusammenarbeit in der Region steigern. Seit 1994 wer-

den regelmäßig Veranstaltungen durchgeführt und seit 1996 Veröffentlichungen herausgegeben, u.a. zum Leitbild für die Region.³¹

Der „neue“ Weg mit der größten Breitenwirkung ist die Präsentation im Internet. Viele Projekte für eine nachhaltige Regionalentwicklung nutzen das Medium nicht nur als Informationsinstrument, sondern auch zur Kommunikation und Netzwetkbildung. Zwar wird dabei zunehmend professionelle Öffentlichkeitsarbeit betrieben, die Vielzahl der Informationen aber noch recht ziellos gestreut. Die klassische Frage der Werbefachleute „Wen will ich erreichen?“ wird anscheinend vielfach nicht gestellt.³²

Eine Recherche im Internetangebot der Regionen der Zukunft zeigt, dass die Kommunikation über das Internet derzeit noch fast ausschließlich per E-Mail erfolgt – also lediglich durch eine gegenüber per Post etwas schnellere, kostengünstigere und weniger formale, aber doch bilaterale Kommunikation. Die offene Diskussion mit für alle einsehbaren Diskussionsbeiträgen über Gästebücher, Internetforen oder Chaträume ist die Ausnahme.

Zwischenfazit und Potenzial des Anstoßes einer regionalen Diskussion

Die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit erwies sich in einem Vergleich von Projekten der nachhaltigen regionalen Raumentwicklung als Erfolgsfaktor. Die Beteiligungsorientierung diente der Einbindung der vielfältigen Kompetenzen und Interessen der Region.³³ Die zunehmende Nutzung neuer Kommunikationswege durch regionale Initiativen ist dabei ein notwendiger, aber nicht hinreichender Schritt zum Anstoß einer regionalen Diskussion. Die Darstellung im Internet ermöglicht die kostengünstige und ortsunabhängige Bereitstellung umfassender Informationen. Doch selbst die stark steigende Zahl der Nutzer des Internets sichert in keiner Weise den Zugriff auf die Information. Die Aufmerksamkeit für regionale Projekte kann nicht im weltweiten Netz erzeugt werden. Sie muss in der Region über die regionalen Medien (Zeitung, Rundfunk, evtl. Fernsehen) induziert werden. Der Beitrag des Internets liegt in der anschließenden, weiterführenden Informationsbereitstellung sowie dem Angebot von Diskussionsforen.

3.4 Formalisierte Eingabe- und Stellungnahmeverfahren

Formalisierte Eingabe- und Stellungnahmeverfahren, bei denen die Bürgerinnen und Bürger zu Planungen schriftlich Argumente vortragen, die dann Gegenstand

der planerischen Abwägung sind, haben in der Raumordnung über das Raumordnungsverfahren mit der Möglichkeit zur Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 15 Abs. 6 ROG) sowie den Einschluss von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) in Raumordnungsverfahren und der dann bestehenden Pflicht zur Öffentlichkeitsbeteiligung (§§ 2, 9 UVP-Gesetz) Einzug gehalten.

Übersicht zur Praxis

Bedeutung haben die Stellungnahmeverfahren insbesondere bei strittigen Großverfahren erlangt. So konnten im Raumordnungsverfahren zur Magnetbahn Transrapid und dem Flughafen Berlin-Brandenburg auf Grund der landesrechtlich integrierten UVP die Bürgerinnen und Bürger von Berlin und Brandenburg umfassend Anregungen und Bedenken vorbringen.³⁴ Die ca. 5 300 Eingaben zum Flughafen und ca. 4 100 Eingaben zum Transrapid konnten nur über EDV bewältigt werden. Die zuständige Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg filterte die relevanten Textteile heraus (raumordnungspolitischer Maßstab) und leitete sie den fachlich spezialisierten Behörden beider Länder zur Stellungnahme zu. In der anschließenden Abwägung wurden die Argumente einbezogen. Dabei waren nur die Argumente an sich, nicht aber die Zahl der vorbringenden Personen relevant. Die gesetzlich verpflichtende Bürgerbeteiligung wurde durch informelle Verfahren ergänzt: eine öffentliche Expertendebatte im Stadtforum Berlin zum Transrapid sowie ein Mediationsverfahren „Bürgerdialog Flughafen BBI“. Nach der Betrachtung der beiden Verfahren kommt Mäding zu dem Schluss, dass Partizipation und gesellschaftliche Einflussnahme bei Großprojekten zu begrüßen sind, da sie als Verfahrenselement zur Akzeptanz der Endentscheidung und zur Legitimation staatlichen Handelns beitragen.³⁵

Durchaus denkbare freiwillige Stellungnahmeverfahren zur Beteiligung der Bürger an der Aufstellung von Regionalplänen haben eine geringe praktische Relevanz. In einer Untersuchung von in den 90er Jahren entwickelten Regionalplänen wurde deutlich, dass dort erweiterte Beteiligungen oder neue Beteiligungsverfahren nur vereinzelt angewendet werden.³⁶

Zwischenfazit und Potenzial formalisierter Eingabeverfahren

Stellungnahmeverfahren haben in der Raumordnung nur für konkrete Einzelprojekte im Rahmen von Raumordnungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen eine Bedeutung. Dass eine derartige Beteiligung auch für einen sehr umfassenden, differenzierten und abstrakten Plan wie einen Regionalplan umsetzbar

ist, zeigte das Verfahren zum Flächennutzungsplan Berlin. Als Planung für rund 3,5 Mio. Einwohner nimmt diese Planung regionale Dimensionen an.

Das Potenzial solcher formalisierter Eingabeverfahren für eine innovative Regionalentwicklung ist jedoch als gering einzuschätzen. Sie sind vor allem durch isolierte Einwendungen zur Abwehr von Planungen charakterisiert. Neue Ideen und integrierte Ansätze können auf Grund des fehlenden Diskurses nur schwer geboren werden. Dennoch kommt den Stellungnahmeverfahren bei konkreten Einzelvorhaben als „Frühwarnsystem“ vor Fehlplanungen eine wichtige Funktion zu.

4 Weiterentwicklung der Partizipation in den Regionen

Bevor Vorschläge zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in den Regionen gemacht werden, soll auf die Fragen der Legitimation, der erreichbaren Wirkungen und des Aufwand-Nutzen-Verhältnisses der Verfahren eingegangen werden.

4.1 Legitimation

Gegen die Beteiligung regionaler Akteure an der Zielformulierung wird (bereits für kleinere Beteiligtenkreise) angeführt, dass diese selten über politische Legitimation verfügen und kaum territoriale Verantwortung tragen.³⁷ Dabei wird jedoch verkannt, dass durch jegliche Beteiligungsformen die formelle Letztentscheidungsbefugnis der politisch legitimierten Gremien – wie z. B. Regionalversammlungen – nicht beschränkt wird. Ebenso obliegt es den politisch Verantwortlichen, zu Prozessbeginn abzuwägen, ob durch einen partizipativ orientierten Prozess die angestrebten Ziele besser verwirklicht werden können. Im Übrigen werden die zur politischen Entscheidung vorgelegten Planungen im Regelfall auch nicht von politisch Legitimierten oder territorial Verantwortlichen entwickelt. Die beruflich qualifizierten Experten erhalten bei der Planverfassung Verstärkung durch die Vor-Ort-Experten. Mit breiteren Beteiligtenkreisen verringert sich letztendlich das Legitimationsproblem, weil sich die Frage der Berechtigung zum Eintritt in einen exklusiven Kreis reduziert. Unabhängig von der Größe des Beteiligtenkreises bleibt bei jeglicher Beschränkung auf einen ausgewählten Kreis die Frage, inwieweit die Beteiligten und ihre politische, soziale oder ökonomische Struktur die Gesellschaft widerspiegeln bzw. ob das Interessenverhältnis der Beteiligten so ist, dass alle das spätere Prozessergebnis akzeptieren.

4.2 Wirkungsabschätzung

Die Wirkungen, die eine verstärkte Integration der Gesellschaft in regionale Planungsprozesse haben kann, sind bisher unzureichend erforscht. Eine systematische Bewertung realisierter Ansätze steht aus.³⁸ Für eine Ex-ante-Abschätzung ist zwischen den Wirkungen der Beteiligung auf die Zielformulierung und auf die Umsetzung zu unterscheiden.

Angesichts der Erfahrungen mit Versuchen der Durchsetzung gruppenegoistischer Interessen in Planungsverfahren unterschiedlichster Art kann bei einem verstärkten Einfluss der Bürger auf regionale Strategien eine Gefährdung von Nachhaltigkeitszielen befürchtet werden. „Je stärker partizipatorische Anforderungen an die regionale Entwicklung gestellt werden, desto mehr hängen auch Zielkataloge von den Aushandlungsprozessen vor Ort ab. In einer demokratischen Gesellschaft werden die Menschen vor Ort ihre Ziele selbst bestimmen und damit den Grad der Nachhaltigkeit egoistisch-kurzfristig oder altruistisch-intergenerativ beeinflussen. Um den Widerspruch zwischen lokalen Egoismen und Anforderungen der Nachhaltigkeit aufzulösen, bedarf es der Herausarbeitung von operationalisierten Zielen auf regionaler Ebene (...) durch neue partizipative und kommunikative Instrumente (...).“³⁹

Insoweit erfordert das Beteiligungsverfahren auch einen Lernprozess der Beteiligten. Voraussetzung eines solchen Lernprozesses ist, dass nicht „erzogen“ wird, sondern dass eigenständige Lernprozesse angeregt werden und möglich bleiben. Dabei muss die Planung den Eigensinn von Beteiligten akzeptieren (offene Prozesse). Im – jedem Eigentümer und Investor a priori zugewilligten – individuellen Nutzen liegt gerade die Chance zur sozialen Einbindung im Rahmen gemeinschaftlichen Engagements.⁴⁰ Die individuelle Motivation muss durch planerische Überzeugungsarbeit für eine nachhaltige Entwicklung gewonnen werden.

Negative Auswirkungen des Beteiligungsverfahrens auf die Umsetzung sind nicht absehbar. Es spricht jedoch vieles dafür, dass ein „Going-public“ positive Wirkungen haben wird, indem regionale Ziele schneller oder „besser“ (z.B. weniger Abweichungen) realisiert werden:

- Zunächst einmal trifft die Regionalplanung de facto eine stärkere Selbstbindung, die sie forciert, die mit den Bürgern entwickelten Leitbilder umzusetzen.
- Umgekehrt sind auch die Beteiligten in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, künftig gegen den „selbst erstellten“ Plan zu arbeiten, auch wenn sie nicht in jedem Punkt mit dem Prozessergebnis einverstanden waren.⁴¹

- Abweichungen anderer Akteure werden schwieriger, da die regionalen Konzepte durch die Breite beteiligter Akteure neues Gewicht erhalten.
- Die Zahl der Umsetzungsbeobachter wird größer („externes Monitoring“) und im Idealfall werden zumindest einzelne Akteure aus der Bürgerschaft oder den Medien zu Anwälten „ihres“ Konzepts – wie dies bei städtischen Beteiligungsverfahren zu beobachten war.

Insgesamt bedeutet dies, dass die Rolle der Regionalplanung in der Gesellschaft stärker wird, wenn sie zuvor die Rolle der Gesellschaft in der Planung stärkt.

4.3 Aufwand-Nutzen-Relation

Die Beteiligungsverfahren erfordern einen erheblichen Ressourcenaufwand der Regionalplanung. Sie kann den Aufwand dabei durch ihre neuen Fähigkeiten in der Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren und der Öffentlichkeitsarbeit in Grenzen halten. Die Frage nach dem Nutzen im Verhältnis zum Aufwand bleibt jedoch so lange unbeantwortet, wie die Wirkungen der Beteiligungsverfahren nicht evaluiert sind. Die sich aus Plausibilitätsbetrachtungen abzeichnenden positiven Effekte auf die Umsetzung sprechen dafür, dass durch erweiterte Beteiligungsverfahren Anstrengungen von der Umsetzung auf die Planungsphase verlagert werden – entweder weil Widerstände frühzeitig erkannt und eingebunden oder weil Partner für Projekte gefunden werden.

Die Aufwand-Nutzen-Frage kann auch normativ beantwortet werden: Wenn die Raumordnung als Nutzen eine „nachhaltige Entwicklung“ haben will, dann kommt sie um den Aufwand von partizipativen Elementen nicht herum. Die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung ist nicht allein durch (traditionelle regionalplanerische) Versorgung gekennzeichnet, sondern mit Teilhabe der Bevölkerung an der Gestaltung der Raumentwicklung verbunden.

4.4 Gesamtfazit oder ein Ansatz zur Stärkung von Beteiligungsverfahren

Die Regionalplanung ist nicht durch ein großes Beteiligungs- oder gar Demokratiedefizit gekennzeichnet. Gerade in den 90er Jahren hat sie über die neue Kooperationskultur rasante Fortschritte bei der Einbindung gesellschaftlicher Gruppen gemacht. Bezogen auf die Leitvorstellung einer nachhaltigen Entwicklung und deren hohen Partizipationsanspruch ist die weitestgehend auf exponierte Akteure beschränkte Einbindung als nicht ausreichend zu beurteilen.

Zur Verwirklichung des von der Regionalplanung selbst gesetzten Maßstabs einer nachhaltigen Entwicklung müssten die bisherigen Kooperationsmodelle bei der Formulierung regionaler Ziele ausgebaut werden. Je kleiner die Region oder je konkreter die Planung (Projekte), desto leichter ist dies zu realisieren und desto stärker trifft die Region die Verpflichtung, partizipative Elemente in den Prozess zu integrieren. Im Gegenzug ist es aber erforderlich, den Beteiligten die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung zu vermitteln. Die Stärke des Beteiligungsverfahrens liegt nicht in der Formulierung „besserer“ Ziele, sondern in den sich abzeichnenden Wirkungen auf eine schnellere oder zielkonforme Umsetzung. Es spricht vieles dafür, dass sich der zusätzliche Aufwand durch Erträge bei der Umsetzung amortisiert. Auf Grund des bisherigen Evaluationsdefizits ist jedoch ein bedachtes Vorgehen geboten. Es wird daher die prozessorientierte Einführung eines Instrumentenmixes vorgeschlagen:

1. *Im ersten Schritt werden – wie gehabt – in Runden mit exponierten Akteuren Leitaussagen als Diskussionsgrundlage entwickelt.*
2. *Der zweite Schritt umfasst den Anstoß einer offenen regionalen Diskussion über alte und neue Medien. Die relativ kostengünstige Öffnung nach außen ist das Minimum einer beteiligungsorientierten Regionalplanung.*
3. *Weitere Beteiligungsinstrumente werden in Abhängigkeit von der Reaktion bzw. der Nachfrage etabliert. Nur wenn aus der Diskussion über die Medien ein Diskussionsbedarf (Dissens) oder ein Gestaltungswunsch regionaler Akteure ersichtlich ist, werden Verfahren durchgeführt, die breiteren gesellschaftlichen Gruppen eine Teilhabe an einer konstruktiven Prioritätenbildung ermöglichen (z.B. Workshopverfahren, Gesellschaftsforen).*
4. *Das breitere (oder engere) Netz beteiligter Akteure und Bürger wird bei der Umsetzung aktiv genutzt.*

Anmerkungen

(1)

Siehe Dosch, Fabian; Beckmann, Gisela: Trends und Szenarien der Siedlungsflächenentwicklung bis 2010. In: Informationen zur Raumentwicklung (1999)11/12, S. 827

(2)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente, Agenda 21. – Bonn (o.J.; ca. 1993)

- (3)
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH; Arbeitsgemeinschaft für Umwelt-, Regional- und Strukturforschung e.V.: Bewertung der räumlichen Planung in Deutschland im Licht der Anforderungen der Agenda 21. – Bonn 2000, S. 68 f.
- (4)
Narodoslawsky, Michael: Regionale Innovation durch Kommunikation. Referat zur KOMREG-Tagung am 25./26.1.2001 (www.komreg.de/tagung/narodoslawsky.html, Stand 19.4.2001)
- (5)
Melzer, Michael: Statement zur KOMREG-Tagung am 25./26.1.2001 (www.komreg.de/tagung/melzer.html, Stand 19.4.2001)
- (6)
Becke, Guido: Statement zur KOMREG-Tagung am 25./26.1.2001 (www.komreg.de/tagung/becke.html, Stand 19.4.2001)
- (7)
Zu weiteren Änderungen siehe Hübler, Karl-Hermann: Genügen die klassischen normativen Siedlungsstrukturkonzepte den Anforderungen einer nachhaltigen Raumentwicklung? In: Raumforschung und Raumordnung (1999) 4, S. 241–248 und Prieb, Axel: Räumliche Planung und nachhaltige Siedlungsentwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung (1999) 4, S. 249–254
- (8)
Siehe Radermacher, Franz Josef: Potentiale einer nachhaltigen Regionalentwicklung vor dem Hintergrund der Globalisierung. In: Informationen zur Raumentwicklung (1999) 7, S. 422
- (9)
Diller, Christian: Einführung: Von Events zu Strategien, von Plänen zu Projekten – neue Ansätze der Stadt- und Regionalentwicklung. In: ders.: Von Events zu Strategien, von Plänen zu Projekten – neue Ansätze der Stadt- und Regionalentwicklung. – Berlin 2001, S. 7–31
- (10)
Vgl. Gatzweiler, Hans-Peter: Raumordnung als projektorientierte Raumentwicklungspolitik. In: Informationen zur Raumentwicklung (1999) 3/4, S. 173
- (11)
Ebenda, S. 173, 178
- (12)
Siehe Diller, Christian: Zwischen Netzwerk und Institution. Eine Bilanz regionaler Kooperationen in Deutschland. – Berlin 2001. = Dissertation an der Technischen Universität Berlin, S. 241
- (13)
Beispiele aus Diller, Christian a.a.O. [siehe Anm. (12)], Gatzweiler, Hans-Peter, a.a.O. [siehe Anm. (10)] sowie Mielke, Bernd: Regionalmarketing im Kontext regionaler Entwicklungskonzepte. In: Raumforschung und Raumordnung (2000) 4, S. 317–325
- (14)
Diller, Christian, a.a.O. [siehe Anm. (12)], S. 242
- (15)
Vgl. Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinning, Heide: Informieren, Beteiligen, Kooperieren – Kommunikation in Planungsprozessen. – Dortmund 1995, S. 10
- (16)
Zu differenzierten Wirkungen siehe Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Modernisierung der Kommunalverwaltung. Evaluierungsstudie zur Verwaltungsmodernisierung im Bereich Planen, Bauen und Umwelt (Bearbeiter: Jaedicke, Wolfgang; Thrun, Thomas; Wollmann, Hellmut). – Stuttgart 2000, S. 215–222 (Heidelberg) und S. 222–226 (Passau)
- (17)
Blum; Burggräfe; Kölsch; Lucker: Partizipation in der Kulturlandschaft. Analyse von erfolgsfördernden Faktoren in 13 Regionalentwicklungsprojekten. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 32 (2000), S. 345
- (18)
Die Darstellung der Beispiele beruht auf einer umfassenden Literatur- und Internetrecherche. Die ausgewerteten Materialien sind überwiegend Darstellungen von Projektbeteiligten.
- (19)
Gatzweiler, Hans-Peter, a.a.O. [siehe Anm. (10)], S. 180
- (20)
www.zukunftsregionen.de/cbl-bin/projekte.pl (Projektbeschreibung af76) sowie www.chemnitz-zwickau.de/projekte/agenda21/index.html (Stand 29.4.2001)
- (21)
Zweckverband Großraum Braunschweig (Hrsg.): Stand der lokalen Agenda 21 im Großraum Braunschweig. – Braunschweig 2000, S. 1, 9 sowie BTE-Regionalentwicklung/Tourismusmanagement: 1. Regionaler Tag der lokalen Agenden im Großraum Braunschweig. – Hannover 1999, S. 63 ff.
- (22)
Adam, Brigitte; Wiechmann, Thorsten: Die Rolle der Raumplanung in regionalen Agenda-Prozessen. In: Informationen zur Raumentwicklung (1999) 9/10, S. 671
- (23)
www.landkreis-cham.de/innovationsnetz/agenda_21 (Stand 29.4.2001)
- (24)
Diller, Christian, a.a.O. [siehe Anm. (12)], S. 282
- (25)
Zukunftsregion Aller-Leine-Tal: Fortschritte des Aller-Leine-Tals im Bundeswettbewerb „Zukunft der Regionen“, 3. Wettbewerbsbeitrag. – Schwarmstadt, Hannover 2000, S. 13
- (26)
Kreft, Holger: Zukunftsregion Märkischer Kreis: Ansätze zu einem nachhaltigen Stoffmanagement. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Zukunftsgestaltung durch nachhaltige Regionalentwicklung. – Dortmund 2000, S. 46–62

(27)

Linn, Astrid: Nachhaltige Stadtentwicklung, Praxisbeispiele. – Dortmund 1999, S. 50 f.

(28)

Bündelung von Bürgerbeteiligung zum Thema Verkehr in Aachen. In: LR-News 2/2000, S. 5 und Germann, Lars: Aachener Bürgerinitiativen wollen ihre Kräfte bündeln. In: LR-News 2/2000, S. 7

(29)

Vgl. Fürst, Dietrich: Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung: Der Beitrag der Regionalplanung. Vortrag zur KOMREG-Tagung am 25./26.1.2001 (www.komreg.de/tagung/fuersttext.html, Stand 19.4.2001)

(30)

Kreft, Holger, a.a.O. [siehe Anm. (26)], S. 56

(31)

www.region-stuttgart.de/region/forum (Stand 19.4.2001)

(32)

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH: Gute Beispiele einer nachhaltigen regionalen Entwicklung. Handbuch. – Bonn 2000. = BBR-Reihe Werkstatt: Praxis 1/2000, S. 172 f.

(33)

Ebenda, S. 188

(34)

Detaillierte Darstellung siehe Mäding, Heinrich: Partizipation und gesellschaftliche Einflußnahme bei raumbedeutsamen Großprojekten. In: Raumforschung und Raumordnung (1997) 2, S. 83–90

(35)

Ebenda, S. 88

(36)

Hübler, Karl-Hermann; Kaether, Johann; Selwig, Lars; Weiland, Ulrike: Weiterentwicklung und Präzisierung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in der Regionalplanung und regionalen Entwicklungskonzepten. – Berlin 2000. = UBA Texte 59/00, S. 137

(37)

KOMREG-Vorbereitungsgruppe: Protokoll des 2. „KOMREG“-Workshops am 3.11.2000 (www.komreg.de/prowork2.html, Stand 19.4.2001)

(38)

Für die Regionen der Zukunft mit ihren vergleichsweise weit reichenden Beteiligungsansätzen ist im Rahmen des Projektes zur „Verstetigung und Optimierung regionaler Agenda-Prozesse“ die Unterstützung der Kommunen bei der Erfolgskontrolle vorgegeben.

(39)

Hahne, Ulf: Zielkataloge in der Zerreißprobe: Zwischen globalen, regionalen und praxiologischen Anforderungen. Referat zur KOMREG-Tagung am 25./26.1.2001 (www.komreg.de/tagung/hahne.html, Stand 19.4.2001)

(40)

Vgl. Selle, Klaus: Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. – Dortmund 2000, S. 172 f. und S. 180 f.

(41)

Zur Rückwirkung auf „oppositionelle Gruppen“ des Passauer Beteiligungsverfahrens siehe Wüstenrot Stiftung, a.a.O. [siehe Anm. (16)], S. 232

Dipl.-Ing. Thomas Thrün
IfS Institut für Stadtforschung
und Strukturpolitik GmbH
Lützowstraße 93
10587 Berlin
E-Mail: thrun.ifs-berlin@t-online.de